

# Sallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 512.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Zweite Ausgabe

Freitag, 31. Oktober 1913.

Bezugspreis für Halle und Bezugs 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr, die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck-Verlag: Sallesche Zeitung, Halle (Saale).  
Grunder (Halle, Postfach 10), M. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Bismarck, Bismarckungen,  
Sonderhefte: Sallesche Provinzialblätter, Anhaltblätter (für die junge Welt).

Bezugspreis für die (schiefgedruckte) Kolonialzeitung oder deren Raum für Halle und den Kreisbezirk 20 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — Retraum am Schluß des ablaufenden Monats bis zum 1. d. Folg. Monats. — Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Sallesche Zeitung Nr. 61/62.  
Telephon 8108 u. 8109; Telephon 8110.  
Verleger: Dr. Hermann Salles, Halle (Saale).

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 11.  
Telephon Amt Scharfstr. Nr. 6280.  
Druck und Verlag von Otto Schöler, Halle (Saale).

### Die Verwirrung der Begriffe.

Der Durchschnittsbürger in den großen Städten schwört heute fast darauf, daß die „Genossen“ kommen seien wie die Dämmerung. Er hat keine Zeit, sich mit den Vorgängen in der Politik im einzelnen zu beschäftigen; seine Meinung liefert ihm das Weiß- und Magenblatt. Das aber pflegt eben in den großen Städten aus der Richtung zu stammen, die fürstlich bis zum Absolutismus bezeichnet hat, und der ist längst zum Schlepptrierer der roten Internationale geworden. Kein Wort bringen diese Blätter, die sich wie toll gebärden, wenn man ihnen den Mangel an nationaler Gesinnung und Bekämpfung handgreiflich vor Augen führt, wenn man ihnen die nationale Rückständigkeit auf tausend Pfannen darzt, von den Tatsachen, die erweisen, daß die Sozialdemokratie keine Genossenschaft von Mitgliefern harmloser Debatte ist. Für sie gilt die Parole der „Dämmerung“ nicht bloß für die Zeiten des Wahlkampfes. Sie haben das dringende Parteinteresse daran, alles totaufzuweisen, was nicht in den liberal-demokratischen Strömungen liegt.

Mit Sperrdruck hat das „Berliner Tageblatt“ den Verkauf der badischen „Genossen“ gebracht, in welchem die fälsche Behauptung aufgestellt wurde, die Sozialdemokratie habe niemals etwas von einer gewalttätigen Revolution gesagt oder geduldet. Und in recht deutlicher Weise hat das Blatt gegen die Begriffsverwirrung gewettert, die — von rechts her getrieben würde, indem man allen denen, die sich erlauben, nach „tatsächlichen“ Gesichtspunkten gegen den allgemeinen Strom zu schwimmen, den Mangel antinationaler Gesinnung anhängt. Aber in dieses Blatt hat jetzt der „Vorwärts“ einen Winkler gebracht, denn er hat am Sonntag Flipp und Klar erklärt, daß gar keine Rede von einer „friedlichen“ Entwicklung der Sozialdemokratie sein könne. Nicht so laute die Frage: Reform oder Revolution?, sondern für die Arbeiterklasse könne es nur heißen: Reform und Revolution!

Kein Wort von dieser Erklärung findet sich in dem Blatte, das an erster Stelle es sich zur Aufgabe gemacht hat, den letzten Rest des bürgerlichen Selbstgefähls allmählich, aber sicher zu zerstören. Denn in diesem Vorgehen kann man keine Klarheit in politischer Beziehung gebrauchen, darf man eben nicht die Tatsache feststellen, daß alles Gerede der „Genossen“ nur der Verwirrung dient. Es würde dort schiefstapeln tagen, wollte man angeben, daß schon im Erfurter Programm der Sozialdemokratie in klaren, knappen Sätzen festgelegt ist, das letzte Ringen um die politische Macht der Arbeiterklasse werde sich in den Formen der Gewalt abspielen. Statt dessen verbindet man jede Stimme des Revisionismus, der in der Partei in Wahrheit nichts zu sagen hat, der auch nicht um des Erfolges willen, sondern nur um der Gunst des Augenblicks willen, „mildere Seiten“ aufzudecken will, wie die eines Propheten.

Jetzt hat sich das Bild der Verwirrung in Baden nach um einige Züge verstärkt. Zwar haben die Liberalen mit großer Empfindung den energischen Kampf gegen die „Genossen“ proklamiert, aber das hindert nicht, daß man sich von den „Genossen“ gegen die Rechte unterstützen läßt und daß man andererseits die Lobkinder der bürgerlichen Gesellschaft heranzüchtet. Wenn da selbst Nationalliberale rebellieren, dann ist das die Aufseherung der Vernunft gegen handgreiflichen Unfug, eine Auffassung des nationalen Sinns gegen die unerhörte Verwirrung aller gefundenen Begriffe. Zeit aber wird es, daß das deutsche Bürgerum endlich einleuchtet, auf welchem Wege von den Liberalen „Führern“ geleitet wird, die einzig und allein von Parteinteressen in ihrem Tun und Lassen bestimmt werden.

### Deutsches Reich.

Der Kaiser mit seinen Jagdgästen in der Gohre.

Bei herrlichem Sonnenschein traf der Kaiser mit seinen Jagdgästen am Donnerstag vormittag 11½ Uhr auf der Station Gohre ein. Sofort wurden die bereit-

stehenden Automobile betreten, und nach wenigen Minuten war das Jagdschloß erreicht. Der Kaiser fuhr mit dem Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich in einem Automobil. Am Schloß erwarteten Oberjägermeister Freiherr von Seintz und Landrat Knebel den Kaiser und seine Jagdgäste. Bald nach Ankunft begann im Schloß das Frühstück, nach dessen Beendigung gegen 1½ Uhr der Kaiser mit seinen Gästen in das Jägerrevier fuhr, wo das erste Jagen auf Säuen stattfand. Am Wendegospitz wurden der Kaiser und seine Jagdgäste, unter denen man vom Hannoverischen Adel noch den Freiherren v. Hammerstein-Vorzen, den Fürsten zu Arn- und Kniphausen und den Grafen Grote bemerkte, von der Jägerriehe mit dem Fürstengauz empfangen. Nach kurzem Aufenthalt begaben sich die Jäger auf ihre Stände. Kurz vor 2 Uhr wurde die Jagd angebläut. Um 3 Uhr ließ der Kaiser die Jagd abbläuten. Um 4 Uhr fuhr die Jagdgesellschaft zum Schloß zurück, wo um 7 Uhr die Jagd begann. Dem Essen folgte ein Bierabend. Die Jagd auf Hochwild beginnt heute, Freitag, früh um 9 Uhr.

### Serabstimmung in Braunschweig.

Der Herzogregent hatte zu Donnerstag mittag in der Thronaal des Residenzschlosses die Mitglieder der Landesversammlung und die Spitzen der Behörden eingeladen, um sich von den Vertretern des Landes feierlich zu verabschieden. Erklärungen waren die Mitglieder des Staatsministeriums, Staatsminister Graf v. Wolff und Minister Haden, Staatsminister a. D. Dr. v. Otto, Reich. Geh. Rat a. D. Dr. Trinius, sowie die Präsidenten sämtlicher Ämter der Verwaltung. Der Herzogregent hielt an die Verammelten eine längere Ansprache. Die amtlichen „Braunschweiger Anzeigen“ veröffentlichen an der Spitze ihrer letzten Ausgabe folgenden Erlaß des Herzogregenten: Im Bewußt, von dem so teuren Braunschweiger Land zu scheiden, das der Herzogin, meiner Gemahlin, und mir eine zweite Heimat geworden ist, sagen wir der Bevölkerung des Herzogtums für alle uns erwiesene Liebe und Anhänglichkeit unseren wärmsten Dank. Möge Gottes Segen auch in Zukunft auf dem Lande und seiner Bevölkerung ruhen.

Johann Albrecht, S. z. M.

Die Ankunft des Herzogs und der Herzogin Ernst August in Braunshweig erfolgt am Montag, mittags 12 Uhr, mit Sonderzug.

### Aus dem Bundesrat.

In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag wurden den zuständigen Ausschüssen über die Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die von der Krankenkasse zu erteilende Bescheinigung an Wanderarbeitende, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Uebertragungsbefugnisse zur Reichsversicherungsordnung und der Entwurf einer Bekanntmachung über Durchführung der hausgenerblichen Krankenversicherung. Ueber die Bezeichnung einer Reichsgerichtsratstelle wurde Beschluß gefaßt. Dem Entwurf von Ausführungsbestimmungen über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer wurde zugestimmt.

### Die Reichsjustizkommission.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Reichsjustizkommission hat in ihrer Sitzung am Mittwoch auf Antrag ihres Vorsitzenden, des Staatssekretärs des Innern Dr. Dellbrück, beschloffen, ihr ganzes Material der Öffentlichkeit zu übergeben. Dr. Dellbrück erinnerte in seinen Schlussworten an dem vor Jahresfrist erhobenen Vorwurf, der Zweck der Kommission sei Verwirrung, und an die übertriebenen Erwartungen von anderer Seite, sie könne binnen weniger Monate billige Rechtsreife schaffen, und erklärte, bei der notwendigen Beschränkung der Auswahl der von der Kommission vorzulegenden Fragen habe man sich von den Erwartungen bei den alljährlichen Erörterungen des Reichstages über die Forderung leiten lassen. Gerade über die der Kommission gestellten Fragen nach den Einflüssen, die sich bei der Bildung der Reichsgerichte auf dem Wege von den Produzenten bis zu den Konsumenten geltend machen, herrsche in weiten Kreisen Unklarheit, und selbst Sachverständige gewannen nur schwer ein klares Urteil über diese unübersichtlichen Verhältnisse. Deshalb sei die Prüfung dieser Fragen in gemeinschaftlicher Beratung der sonst meist getrennt tagenden Interessenten unter Lösung von dem politischen Gesichtspunkte, von denen auch die Fachorganisationen nicht immer unberührt bleiben, so wünschenswert erschienen. Von diesem Gesichtspunkte aus könne man feststellen, daß die Erörterungen der Kommission in einer ganzen Reihe von Fragen, die ihren Mitgliedern vor Jahresfrist mindestens unklar gewesen seien, eine wesentliche Klärung herbeigeführt, aber eine ganze Reihe von rechtlich wichtigen Fragen neu in sich verbreitet, und der volkswirtschaftlichen Prüfung wesentlich neues Material und neue

und bessere Grundlagen gegeben hätten. Damit erweise sich die Arbeit der Kommission als notwendig, wertvoll und dankenswert.

### Kleinere politische Nachrichten.

Der König von Sachsen wird am 8. November einer Einladung Kaiser Wilhelms zur Hofjagd in Königsbrunn nachhaken folgen.

Der König von Württemberg hat den Prinzen Friedrich Christian und Ernst Heinrich von Sachsen das Großkreuz des Ordens der Württembergischen Krone verliehen.

Die Königin der Dänen mit ihren Kindern ist Donnerstag vormittag um 10½ Uhr von Anhalter Bahnhof in Berlin nach Griechenland abgereist. Gleichzeitig reiste Prinzessin Friedrich Karl von Dänemark ab. Die Kaiserin hatte ihre hohen Gäste vom Neuen Palais im Automobil nach dem Anhalter Bahnhof geleitet.

Staatsminister Dr. Solf ist auf der Rückreise von Deutsch- und Britisch-Südwestafrika am Mittwoch in Southampton angekommen und hat sich zwecks Vorbereitung von Diamantenfragen noch auf einige Tage nach London begeben.

Ministerwechsel in Mecklenburg. Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg von zutünftiger Seite erfährt, hat der Stellvertreter Staatsminister Hoffart nach Beendigung der Verhandlungen über die mecklenburgische Verfassungsfrage beim Großherzog von Mecklenburg-Schwerin seine Entlassung nachgesucht.

Generalleutnant Kimm von Sanders, der an der Spitze der neuen Reformkommission deutscher Offiziere nach der Türkei geht, gilt als einer unserer bestbegabtesten Generale. Als alter Generalleutnant ist er nicht nur ein vorzüglicher und energischer Truppenführer, sondern ihm wird auch, was für türkische Verhältnisse besonders wichtig ist, großes organisatorisches Talent nachgesagt. Er steht im 58. Lebensjahre und ist zurzeit Kommandeur der 22. Division in Kassel.

Das Gesamtergebnis der Nachwahlen zur zweiten badischen Kammer ist folgendes: 4 Fortschritt, Volkspartei, 11 Nationalliberale, 4 Sozialdemokraten und 1 Zentrum. In der Zweiten Kammer sitzen nun zusammen: 30 Zentrum, 5 Konserervative, 13 Sozialdemokraten, 19 Nationalliberale, 1 Wähler, 5 Fortschrittler, insgesamt 73 Abgeordnete.

Der neuernannte Vorsitzende des Antriebskommission für Polen und Westpreußen, Geh. Oberregierungsrat Gante, wird am 1. November sein Amt antreten.

Eine großartige Reichsanstaltensorganisation für hauswirtschaftliche Mittel für die Schaffung einer großartigen Reichsanstaltensorganisation für das ländliche Land vornehmen, was vielfach herangezogenen Beamten der Landwirtschaftskammern und anderer Organisationen entsprechen dürfte, die wiederholt Einlagen zwecks Vereinfachung reichlicher Mittel für diesen Zweck an die zuständigen Stellen gerichtet haben.

Fabrik und Sandwerk. Am 17. November tritt im Reichstag des Innern die Konferenz zur Behandlung über die Frage der Abgrenzung von Fabrik und Sandwerk zusammen.

### Ausland.

#### Die neue österreichische Wehrvorlage.

Die österreichische Regierung hat im Abgeordnetenhause die neue Wehrvorlage eingebracht, die die bereits angefangene Erhöhung der Rekrutenkontingente enthält, die auf die nächsten fünf Jahre verteilt werden. Die Steigerung des Rekrutenkontingents in Oesterreich beträgt für die gesamte Wehrmacht und Landwehr zusammen im Jahre 1914 7792 Mann, im Jahre 1915 4474 Mann, im Jahre 1916 4233, im Jahre 1917 3883 und im Jahre 1918 4400 Mann.

#### In den Grafenstand erhoben.

Der österreichische Finanzminister Ritter von Zaleski ist kürzlich in den Grafenstand erhoben worden.

### Der zweite Krupp-Prozess.

(2. Verhandlungstag.)

Im Anschluß an die bereits telegraphisch mitgeteilten Verhandlungen des 1. Tages sei weiter berichtet. Angekl. Brandt: Ich habe ein ganzes Jahr an einer großen statistischen Arbeit über Preise und Eigenschaften der Weichgüter gearbeitet, die in Buchform aus Herrn von Wechs bekannt sein muß. — Zeuge von Wechs: Ja, ein solches Buch hat Brandt mir gegeben, darin waren sämtliche Preise der Weichgüter und der Firma Krupp bezeichnet. — Graf: War das eine große Arbeit? — Zeuge: Weichgüter, sie steht aber in Verbindung mit den Normen. — Angekl. Brandt: Nicht eine einzige Sache hat in dem Buch mit Normen etwas zu tun. Es betrifft nur offizielle Schreiben. — Es soll versucht werden, das Buch herbeizuschaffen. — Graf: Ein weiterer Punkt betrifft das Ausland. Brandt mußte diese Akten und Korrespondenzen führen, weil er große





